

DIAS-Kommentar

Nr. 26 • Juni 2004

Niels-Jakob Küttner

Mission stabiler Euro: Eine
Reform des Stabilitäts-
und Wachstumspaktes ist
dringend notwendig

www.dias-online.org

Düsseldorfer Institut für Außen- und Sicherheitspolitik e.V.
c/o Juristische Fakultät der Heinrich-Heine-Universität
Universitätsstr. 1 D-40225 Düsseldorf

Niels-Jakob Küttner: Mission stabiler Euro: Eine Reform des Stabilitäts- und Wachstumspaktes ist dringend notwendig

Herausgeber
Düsseldorfer Institut für Außen- und Sicherheitspolitik e.V.
c/o Juristische Fakultät der Heinrich-Heine-Universität
Universitätsstraße 1 D-40225 Düsseldorf

www.dias-online.org

© 2010, Düsseldorfer Institut für Außen- und Sicherheitspolitik (DIAS)

ISBN:

Mission stabiler Euro: Eine Reform des Stabilitäts- und Wachstumspaktes ist dringend notwendig

Der Stabilitäts- und Wachstumspakt, das europäische Instrument zur Garantie eines starken Euro, befindet sich im Moment in seiner größten Krise. Der Pakt, der 1997 vom Europäischen Rat beschlossen wurde (ABl. C 236 vom 2.8.1997), ist bereits in früheren Debatten für tot erklärt worden, jedoch bilden die Entscheidung des Ecofin-Rates, die Defizitverfahren gegen Deutschland und Frankreich auszusetzen, und die daraufhin erfolgte Klageeinreichung durch die Kommission beim EuGH den Gipfel der Krise.

Der Stabilitäts- und Wachstumspakt ist Frucht der Entwicklung der Währungsunion, seine Inhalte zeichneten sich bereits in ihrer ersten Phase ab. Nachdem die Mitgliedstaaten ab dem 1. Juli 1990 begannen, ihre Währungsgesetzgebung zu liberalisieren und den freien Kapitalverkehr zu ermöglichen, brachte der Maastrichtvertrag etwa zwei Jahre später in seinem Artikel 104 die Verpflichtung der Staaten mit sich, übermäßige Haushaltsdefizite zu vermeiden. Diese Verpflichtung ist für den Erfolg des europäischen Wirtschaftsraumes unabdingbar und ist auch für diejenigen Staaten bindend, die schließlich der dritten Stufe der Währungsunion nicht beigetreten sind (Vereinigtes Königreich). Die Vermeidung eines übermäßigen Haushaltsdefizits ist schließlich auch materielles Kernstück des Stabilitätspaktes geworden, definiert bei einer Neuverschuldung eines Staates um über 3 % des realen Bruttoinlandsproduktes.

Erste Defizitverfahren

Dieses ist auch dasjenige der Maastrichtkriterien, das zu Einleitung von Defizitverfahren geführt hat. Währungskommissar Pedro Solbes hat wiederholt angekündigt, seinen Auftrag, die Einhaltung des Paktes zu überwachen, mit akribischer Genauigkeit zu erfüllen und gegebenenfalls verstoßende Staaten vom Rat zur Ordnung rufen zu lassen. Als ersten Staat traf es Portugal, das 2001 eine Neuverschuldung von 4,1 % seines BIP verbuchen musste und im Herbst 2002 die Strenge Solbes' zu spüren bekam. Es drohten eine Geldbuße von 380 Millionen Euro und das Einfrieren von Geldern aus dem europäischen Kohäsionsfonds. Portugal war jedoch in der Lage, den Anforderungen der entsprechenden Ratsempfehlung [13964/02 (ECOFIN 365)] nach zu kommen und legte 2003 ein Haushaltsdefizit von nur 2,8 % vor. Anders jedoch die folgenden schwarzen Schafe im Währungsbund: Deutschland und Frankreich haben es geschafft, den Pakt in drei konsekutiven Jahren zu brechen und gleichzeitig ein Durchgreifen des Sanktionsprozesses zu verhindern. Nachdem beide Mitgliedstaaten schon mehr Zeit zur Regulierung ihres Defizits unter Anforderungen des Paktes bekommen hatten, als derselbe eigentlich erlaubt, haben sie im dritten erfolglosen Jahr – in dem Deutschland sogar mit einer Gesamtverschuldung von über 65 % ein weiteres Kriterium des Stabilitätspaktes zu brechen drohte – für eine völlige Aussetzung der gegen sie laufenden Defizitverfahren Ratsstimmen gesammelt. Dieser Beschluss wurde gar von Portugal mitgetragen, obschon gerade dieser Mitgliedstaat hierdurch besonders Grund gehabt hätte, sich ungerecht behandelt zu fühlen. Österreich, die Niederlande, Finnland und schließlich auch Spanien stellten sich jedoch geschlossen und mit Bestimmtheit hinter Pedro Solbes und forderten, dass sich die Mitgliedstaaten auch an die Regeln zu halten hätten, die sie gemeinsam beschlossen hatten. Solbes hingegen konnte seine Kollegen am Kabinetttisch der Kommission schließlich überzeugen, dass eine Klageeinreichung gegen die Ratsentscheidung der nun zu tätige Schritt sei – was insoweit verwundert, als dass Kommissionspräsident Prodi derjenige war, der einmal sagte, der Pakt sei „dumm“.

Interpretationsfähigkeit versus Reformwürdigkeit

„Ich halte den Pakt nicht für dumm, ich halte ihn lediglich für interpretationsfähig“, konterte Bundeskanzler Gerhard Schröder und kündigte damit schon an, dass kommen könnte, was tatsächlich eintrat. In gewisser Weise kann man Schröder Recht geben: Zum einen ist der Pakt nicht dumm, zum anderen aber auch veränderungswürdig. Dem Terminus „interpretationsfähig“ sollte jedoch die Vokabel „reformwürdig“ entgegengehalten werden. Wenn man beginnt, den Vertrag je nach Augenblick der Zeitgeschichte und je nach betreffendem Mitgliedstaat entsprechend enger oder wohlwollender zu interpretieren („aufzuweichen“), dann schwindet Rechtssicherheit in der Europäischen Union, dann schwindet Gleichheit der Mitgliedstaaten und vor allem schwindet dann Vertrauen in die gemeinsame Geldpolitik – Vertrauen, das gerade heute eigentlich noch gestärkt werden müsste.

Rechtssicherheit in der Europäischen Union ist fundamental für eine gesunde Zukunft des europäischen Projektes, insbesondere im neuen Europa der 25 und insbesondere in einem weitgehend integrierten Europa, in dem die Anzahl der intergouvernemental abgestimmten gemeinsamen Tätigkeitsfelder zugunsten der supranational organisierten abnimmt. Ein Mitgliedstaat muss Planungs- und Politikssicherheit haben, muss genau wissen, mit welchen Maßnahmen und Ergebnissen er sich im Rahmen der Verträge bewegt und mit welchen er sie bricht und folglich Sanktionierungen auf sich zieht. Wenn in letzter Konsequenz doch alles verhandelbar bleibt, dann gleitet die Europäische Union wieder zurück auf das intergouvernementale Parkett.

Das Kriterium des Vertrauens in die Volkswirtschaft darf nicht unterschätzt werden! Ein funktionierender Stabilitäts- und Wachstumspakt als Vertrauensgenerator verhindert Kapitalabfluss und Währungsabwertung.

Verantwortung nationaler Fiskalpolitik

Die europäische Währungsunion zeichnet sich besonders dadurch aus, dass die Geldpolitik den Mitgliedsstaaten vollständig entzogen worden ist, während die Haushaltspolitik bei diesen verbleibt. Eine nicht stabilitätsgerechte Haushaltspolitik eines Staates hat somit nicht unmittelbare Auswirkungen auf die Währung, da diese nicht mehr als eigene, nationale Währung existiert. Der Druck auf den Schultern der nationalen Regierungen, eine stabilitätsgerechte Haushaltspolitik durchzusetzen, ist folglich ungleich geringer. An dessen Stelle muss nun eine verantwortliche Eigendisziplin treten. Dies gilt insbesondere jetzt, zu einem Zeitpunkt, zu dem die Europäische Union die Erweiterung von 15 auf 25 Mitgliedstaaten gewagt hat, die Chance eines Staates, seine „Stabilitätslücken“ zu verstecken, also zunimmt (– womit jedoch in keinem Fall eine Kritik an die Hüterin der Verträge gerichtet werden soll!). Die Aufteilung von Geld- und Haushaltspolitik in verschiedene Hände kann etwa zur Folge haben, dass eine Ausdehnung der Staatsausgaben einer Reihe von Mitgliedstaaten die EZB zu einer restriktiven Geldpolitik bewegt. Daraufhin folgendes hohes Zinsniveau würde eine Investitionsbremse darstellen. Bei Wegfallen des Wechselkursmechanismus⁷ aufgrund der fixen Wechselkurse innerhalb des Euroraums und der gleichsam für alle wirkenden Geldpolitik, die in so einem Falle im Grunde lediglich die Haushaltspolitik einer Gruppe von Mitgliedsstaaten beantwortet, kann diese Situation nicht hinreichend abgefedert werden. Diese mögliche Folge der Aufteilung der Geld- und Haushaltspolitik in verschiedene Hände macht deutlich, dass die Selbstdisziplin gerade bei der Haushaltspolitik absolut unabdingbar ist.

Weiterhin ist es wichtig, dass alle Mitgliedstaaten gleich behandelt werden. Nichtsdestoweniger haben Deutschland und Frankreich aber nicht ganz Unrecht, wenn sie konstatieren, dass ihre Volkswirtschaften als die größten im Euroraum für denselben von einer immensen Be-

deutung sind und dass man dieses Kriterium zu berücksichtigen hätte. Eine Reform des Stabilitätspaktes sollte solche Faktoren berücksichtigen.

Flexible Kriterien und Quote für „gute Zeiten“

Insbesondere muss der Stabilitäts- und Wachstumspakt jedoch dahingehend reformiert werden, dass er anstatt des starren 3 %-Kriteriums flexible Kriterien enthält. Klar ist, dass eine Neuverschuldung, so sie denn jeweils überhaupt notwendig ist, so klein wie möglich gehalten werden muss. Ein Ruf nach flexiblen Kriterien darf jedoch keineswegs mit einem Ruf nach einer Aufweichung des Paktes verwechselt werden! Flexiblere Kriterien, die die jeweilige fiskalpolitische Situationen der einzelnen Mitgliedstaaten unter Berücksichtigung ihrer übrigen ökonomischen und demographischen Charakteristika und konjunkturellen Lage einbinden, ermöglichen eine strikte Anwendung des Paktes, die wiederum absolut unabdingbar ist für das in seiner Wichtigkeit bereits betonte Vertrauen in die Währung. Weiterhin sollte bei einer Reform des Stabilitäts- und Wachstumspaktes die Kontrolle der Einhaltung und die (institutionelle) Gestaltung des Defizitverfahrens überdacht werden: Eine Entpolitisierung der Entscheidung wäre ein wichtiger Beitrag zur Funktionalität des Instruments. Eine starke Minderung des politischen Einflusses auf die Entscheidungen im Defizitverfahren wäre der (adäquate) Preis für flexiblere Kriterien nach eben genanntem Muster.

Unabdingbar ist weiterhin eine Quote für gute Zeiten. Der Stabilitätspakt setzt eine Obergrenze für die Neu- und Gesamtverschuldung der Mitgliedstaaten fest, verpflichtet dieselben jedoch nicht, in guten Zeiten mit den Ressourcen noch besser zu haushalten. Europa braucht aber einen Pakt, der sich sowohl mit den schlechten als auch mit den guten Zeiten auseinandersetzt und ein kohärentes Währungsprogramm gewährleistet. Obwohl Europa wohl immer einer der bedeutendsten Wirtschaftsräume sein wird, wechseln sich auch hier stets sieben fette mit sieben mageren Jahren ab.

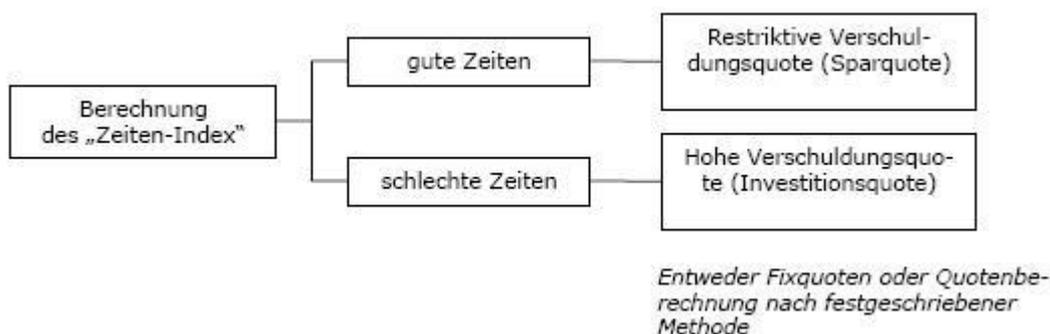
Eine in der Tat schwierige Aufgabe ist die Kreation eines Indikators, um ermitteln zu können, ob sich ein Land in volkswirtschaftlich „guten“ oder „schlechten“ Zeiten befindet. Auf ihre essentialia reduziert, stellt sich eine Volkswirtschaft ja als eine Summe von Menschen (mit ihren verschiedenartigen z.T. Nachfrage generierenden Bedürfnissen; mit ihrem Leistungspotential etc.) zusammen und ist daher (glücklicherweise!) keine mathematisch berechenbare Maschine. Dennoch könnte möglicherweise anhand der wirtschaftspolitischen Ziele des magischen Vielecks ein Index („Zeiten-Index“) geschaffen werden, der die gute/schlechte-Zeiten-Frage beantwortet und damit das entsprechende Programm aus dem reformierten Pakt für den jeweiligen Staat verpflichtend macht. Bei aller Wichtigkeit der einzelnen Ziele in der wirtschaftspolitischen Gesamtbetrachtung, sind diese in der währungspolitischen Betrachtung unter dem Aspekt der Berechnung eines „Zeiten-Index“ wohl in folgender aufsteigender Reihenfolge zu gewichten: (Umweltschutz), Verteilungsgerechtigkeit, hoher Beschäftigungsgrad, außenwirtschaftliches Gleichgewicht zugleich mit Preisstabilität, angemessenes und stetiges Wirtschaftswachstum (vgl. Graphik 1).

Etwaige Gewichtung der wirtschaftspolitischen Ziele zur Berechnung eines "Zeiten-Index"



Grafik 1

Umweltschutz als wirtschaftspolitisches Ziel muss hier um Grunde ausgeklammert bleiben: ein hoher Entwicklungsstand im Umweltschutz darf nicht mit einer restriktiveren Verschuldungsquote bestraft werden. Ein „Wohlergehen“ der anderen Ziele deutet jedoch darauf hin, dass Spielraum für Währungsstabilisierung durch Verschuldungsreduzierung gegeben ist. Aus diesem Grund ist auch der moderne Wohltandsmesser ISEW (Index of Sustainable Economic Welfare) nicht für die Berechnung des „Zeiten-Index“ tauglich. Beschreibt der „Zeiten-Index“ nun eine gute Zeit, so muss das Verschuldungskriterium des Stabilitätspaktes ein restriktives sein, sprich, eine Neuverschuldung darf nur einen prozentualen Bruchteil des BIP betragen (um so folgerichtig die Gesamtverschuldung zu verringern). Handelt es sich jedoch gemäß des Indexes um magere Jahre, muss eine hinreichende Neuverschuldung notwendig sein. Die BIP-Prozentsätze für die jeweils gestattete Neuverschuldung (restriktiv in guten Zeiten, komfortabler in schlechten Zeiten) sollten idealerweise keine starren Ziffern sein, sondern für jeden Mitgliedstaat anhand seiner spezifischen Charakteristika berechnet werden. So könnte etwa in der Bundesrepublik der Aufbau Ost mitberücksichtigt werden. Auf jeden Fall notwendig ist jedoch eine festgelegte Berechnungsmethode (z.B. Einbeziehung von BIP, ISEW, reale Investitionserfordernisse à la Aufbau Ost, etc.) für eine Quote, um eine Aufweichung des Paktes unmöglich zu machen. Sollte eine solche Methode nicht zu finden sein, so müsste doch wieder auf feste Prozentsätze für alle Mitgliedstaaten zurückgegriffen werden (etwa 2% des BIP für gute und 4% für schlechte Zeiten – im Mittel also weiterhin die heutigen 3%).



Grafik 2

Realpolitisch ist es wohl eher fraglich, ob sich die Mitgliedstaaten gegenseitig verpflichten würden, in guten Zeiten zu sparen und vorzubauen, währungspolitisch jedoch wünschenswert. Der Weg aus der Schuldenspirale soll natürlich keineswegs in eine demokratieschwache Dik-

tatur der Volkswirtschaftler führen, aber eine Entpolitisierung des Entschuldungsprozesses unter Berücksichtigung aller relevanten ökonomischen und soziodemographischen Faktoren ist zur Erlangung des Ziels vielleicht mehr als hilfreich.

Jüngere Diskussionsbeiträge auf politischer Ebene, abgesehen von neuen und teils absurden Vorschlägen des österreichischen Finanzministers Grasser zur Sanktionierung von Defizitsündern (etwa Entzug des Stimmrechts im Rat), kamen vor allem von Jean-Claude Juncker und Nicolas Sarkozy. Letzterer sprach am 1. Juni in Luxemburg zwar vor allem über Koordinierung der nationalen Geldpolitik und eine längere Amtszeit des Vorsitzes der Eurogruppe, erwähnte aber auch, dass man es stärker als bisher von der Konjunktur abhängig machen müsse, wie schnell überhöhte Defizite abgebaut werden, und dass die Mitgliedstaaten in guten Zeiten vorbauen müssen.

Jetzt gilt es zunächst, das Urteil des EuGH abzuwarten, um neue Richtungen zu bestimmen. Dennoch wird die EU-Kommission in wenigen Wochen ihre Vorschläge zu dem Themenkomplex präsentieren. So sagte EU-Finanzkommissar Joaquin Almunia: „Es ist jetzt Zeit, über die wirtschaftliche Koordinierung zu reden und den Stabilitätspakt zu verbessern“

DIAS-Kommentare

- 1 Alexander Alvaro
Der globalisierte Terror 29. April 2003
- 2 Michaela Hertkorn
Why do German-US Relations matter to the Transatlantic Relationship 17. Juni 2003
- 3 Henricke Paepcke
Die Rolle der UNO im Nachkriegs-Irak 17. Juni 2003
- 4 Panagiota Bogris
Von Demokratie und Bildung im Irak nach Saddam Hussein 18. Juli 2003
- 5 Ulf Gartzke
Wirtschaft und Gesellschaft: Eine Partnerschaft ohne Alternative 19. Juli 2003
- 6 Lars Mammen
Herausforderung für den Rechtsstaat – Gerichtsprozesse gegen den Terroristen 11. September 2003
- 7 Ulf Gartzke
Von der Wirtschaft lernen heißt voran zu kommen 21. September 2003
- 8 Daniel J. Klocke
Das Deutsche Völkerstrafgesetzbuch – Chance oder Farce 21. September 2003
- 9 Elizabeth G. Book
US Guidelines a Barrier to German-American Armaments Cooperation 10. Oktober 2003
- 10 Dr. Bastian Giegerich
Mugged by Reality? German Defense in Light of the 2003 Policy Guidelines 12. Oktober 2003
- 11 Barthélémy Courtment
Understanding the deep origins of the transatlantic rift 22. Oktober 2003
- 12 Rolf Schwarz
Old Wine, New Bottle: The Arab Middle East after September 11th 09. November 2003
- 13 Ulf Gartzke
Irrelevant or Indispensable? – The United Nations after the Iraq War 15. November 2003
- 14 Daniel J. Klocke
Das Ende der Straflosigkeit von Völkerrechtsverbrechern? 15. November 2003
- 15 Panagiota Bogris
Erziehung im Irak – Ein Gewinn von Bedeutung 21. November 2003
- 16 Jessica Duda
Why the US counter – terrorism and reconstruction policy change? 21. November 2003
- 17 Elizabeth G. Book
Creating a Transatlantic Army: Does the NATO Response Force subvert the European Union? 29. November 2003
- 18 Holger Teske
Der blinde Rechtsstaat und das dreischneidige Schwert der Terrorismusbekämpfung 29. November 2003
- 19 Niels-Jakob Küttner
Spanische Momentaufnahme: 25 Jahre Verfassung 11. Dezember 2003

20	Unbekannt Der große europäische Teppich	11. Dezember 2003
21	Unbekannt Die Reform des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen und ihre Auswirkungen auf das System Internationaler Friedenssicherung	14. Januar 2004
22	Dimitrios Argirakos Marx reloaded – einige Gedanken zum 155. jährigen Jubiläum des kommunistischen Manifestes	08. März 2004
23	Ulf Gartzke Regime Change à la El Kaida	20. März 2004
24	R. Alexander Lorz Zur Ablehnung des Annan-Plans durch die griechischen Zyperer	27. April 2004
25	Alexander Siedschlag Europäische Entscheidungsstrukturen im Rahmen der ESVP: Möglichkeiten und Grenzen der Harmonisierung	02. Mai 2004
26	Niels-Jakob Küttner Mission stabiler Euro: Eine Reform des Stabilitäts- und Wachstumspaktes ist dringend notwendig	17. Juni 2004
27	Karim Zourgui Die innere Selbstbestimmung der Völker im Spannungsverhältnis von Souveränität und Entwicklung	02. Juli 2004
28	Dimitrios Argirakos Rückkehr zum Nationalismus und Abschied von der Globalisierung	02. Juli 2004
29	Alexander Alvaro Man zäumt ein Pferd nicht von hinten auf – Biometrische Daten in Ausweisdokumenten	14. Januar 2005
30	R. Alexander Lorz Zurück zu den "Vereinigten Staaten" von Europa	14. Januar 2005
31	Harpriye A. Juneja The Emergence of Russia as Potential Energy Superpower and Implications for U. S. Energy Security in the 21st Century	22. Januar 2005
32	Joshua Stern NATO Collective Security or Defense: The Future of NATO in Light of Expansion and 9/11	22. Januar 2005
33	Caroline Oke The New Transatlantic Agenda: Does it have a future in the 21st Century?	22. Januar 2005
34	Dustin Dehez Globalisierte Geopolitik und ihre regionale Dimension. Konsequenzen für Staat und Gesellschaft	01. Februar 2005
35	Marwan Abou-Taam Psychologie des Terrors - Gewalt als Identitätsmerkmal in der arabisch-islamischen Gesellschaft	01. Februar 2005
36	Dimitrios Argirakos Die Entente der Halbstarke, die neue Weltordnung und Deutschlands Rolle in Europa	10. Februar 2005

37	Jessica Heun Die geplante Reform der Vereinten Nationen umfasst weit mehr als die Diskussion um einen deutschen Sitz im Sicherheitsrat wiedergibt...	17. Februar 2005
38	Dustin Dehez Umfassender Schutz für Truppe und Heimat?	01. März 2005
39	Dimitrios Argirakos Über das Wesen der Außenpolitik	02. Mai 2005
40	Babak Khalatbari Die vergessene Agenda- Umweltverschmutzung in Nah- und Mittelost	02. Mai 2005
41	Panagiota Bogris Die Überwindung von Grenzen – Toleranz kann man nicht verordnen	09. Mai 2005
42	Jessica Heun Quo vadis Roma?	17. Mai 2005
43	Patricia Stelzer Politische Verrenkungen - Schröders Wunsch nach Neuwahlen trifft auf Weimarer Spuren im Grundgesetz	27. Mai 2005
44	Daniel-Philippe Lüdemann Von der Notwendigkeit der Zusammenarbeit von Non-governmental Organisations	02. Juni 2005
45	Dr. Michaela Hertkorn France saying 'Non' to the EU Constitution and Federal Elections in Germany: The likely Impact on Intra – European Dynamics and Transatlantic Relations	03. Juni 2005
46	Babak Khalatbari Freihandel versus Demokratisierung: Die euromediterrane Partnerschaft wird 10 Jahre alt	04. Juni 2005
47	Edward Roby A hollow economy	13. Juni 2005
48	Patricia Stelzer Operation Murambatsvina - Mugabes „Abfallbeseitigung“ in Simbabwe steuert auf eine humanitäre Katastrophe hinzu	02. Juli 2005
49	Lars Mammen Terroranschläge in London – Herausforderungen für die Anti-Terrorismuspolitik der internationalen Gemeinschaft und Europäischen Union	08. Juli 2005
50	Daniel Pahl Die internationale Ratlosigkeit im Fall Iran	19. Juli 2005
51	Michaela Hertkorn An Outlook on Transatlantic Relations – after the 'no-votes' on the EU constitution and the terror attacks in London	22. Juli 2005
52	Dustin Dehez Der Iran nach der Präsidentschaftswahl – Zuspitzung im Atomstreit?	24. Juli 2005
53	Edward Roby Who 'll stop the winds?	29. Juli 2005
54	Patricia Stelzer Lost in global indifference	01. August 2005

55	Dustin Dehéz Der Friedensprozess im Südsudan nach dem Tod John Garangs	04. August 2005
56	Dr. Dimitrios Argirakos Die diplomatische Lösung im Fall Iran	12. August 2005
57	Jessica Heun Entsteht mitten in Europa eine neue Mauer?	23. August 2005
58	Wilko Wiesner Terror zwischen Okzident und Orient – neue Kriege ohne Grenzen?	31. August 2005
59	Edward Roby Where do Jobs come from?	04. September 2005
60	Lars Mammen Remembering the 4 th Anniversary of 9-11	11. September 2005
61	Ulf Gartzke The Case for Regime Change in Berlin And Why It Should Matter to the U.S	16. September 2005
62	Sascha Arnautovic Auge um Auge, Zahn um Zahn: Im Irak dreht ich die Spirale der Gewalt unaufhörlich weiter	27. September 2005
63	Dustin Dehéz Ballots, Bombs and Bullets – Tehran's stirrings in Southern Iraq	25. Oktober 2005
64	Michaela Hertkorn Security Challenges for Transatlantic Alliance: an Initial Assessment after German Elections	07. November 2005
65	R. Alexander Lorz The Eternal Life of Eternal Peace	07. November 2005
66	R. Alexander Lorz International Constraints on Constitution - Making	08. November 2005
67	Unbekannt The NATO Response Force – A 2006 Deliverable?	15. November 2005
68	Jessica Heun 10 Jahre nach Dayton – Selbstblockade statt Entwicklung	15. November 2005
69	Hendrik Schulten Wie ist die Feindlage? Umwälzungen im Bereich des Militärischen Nachrichtenswesens der Bundeswehr	02. Dezember 2005
70	Edward Roby Transatlantic financial market: integration or confrontation?	12. Dezember 2005
71	Dustin Dehéz Terrorism and Piracy – the Threat Underestimated at the Horn of Africa	25. Dezember 2005
72	Franz Halas/Cornelia Frank Friedenskonsolidierung mit polizeilichen Mitteln? Die Polizeimission EUPOL-PROXIMA auf dem Prüfstand	16. Januar 2006
73	Mark Glasow Neue strategische Überlegungen zur Rolle des Terrorismus` auf der internationalen Bühne	07. Februar 2006

74	Ulf Gartzke What Canada's Prime Minister can learn from the German Chancellor	09. Februar 2006
75	Edward Roby Control of oil is dollar strategy	13. Februar 2006
76	Dr. Lars Mammen Erster Prozess zum 11. September 2001 in den USA – Beginn der richterlichen Aufarbeitung?	10. März 2006
77	Edward Roby New asset class for cosmopolitan high rollers	18. März 2006
78	Daniel Pahl Thoughts about the military balance the PRC and the USA	18. März 2006
79	Dustin Dehéz Deutsche Soldaten ins Herz der Finsternis? Zur Debatte um die Entsendung deutscher Truppen in die Demokratische Republik Kongo	18. März 2006
80	Lars Mammen Zum aktuellen Stand der Debatte in der Generalversammlung um eine Umfassende Konvention gegen den internationalen Terrorismus	26. März 2006
81	Edward Roby Clocking the speed of capital flight	17. April 2006
82	Ulf Gartzke Turkey's Dark Past and Uncertain Future	17. April 2006
83	Lars Mammen Urteil im Prozess um die Anschläge vom 11. September 2001 – Lebenslange Freiheitsstrafe für Moussaoui	04. Mai 2006
84	Jessica Heun See no evil, hear no evil, speak no evil... sometimes do evil	23. Mai 2006
85	Tiffany Wheeler Challenges for a Transatlantic Cohesion: An Assessment	23. Mai 2006
86	Dustin Dehéz Obstacles on the way to international recognition for Somaliland	29. Mai 2006
87	Dustin Dehéz Islamismus und Terrorismus in Afrika – Gefahr für die transatlantischen Interessen?	01. Juni 2006
88	Samuel D. Hernandez Latin America's Crucial Role as Transatlantic Player	21. Juni 2006
89	Sarabeth K. Trujillo The Franco – American Alliance: The Steel Tariffs, Why the Iraq War Is Not A Deal – Breaker, & Why the Alliance Still Matters	21. Juni 2006
90	Matthew Omolesky Polish – American Security Cooperation: Idealism, Geopolitics and Quid Pro Quo	26. Juni 2006
91	Eckhart von Wildenradt A delicate Relationship: Explaining the Origin of Contemporary German and French Relations under U.S. Hegemony 1945 - 1954	26. Juni 2006

92	Gesine Wolf-Zimper Zuckerbrot und Peitsche - zielgerichtete Sanktionen als effektives Mittel der Terrorbekämpfung?	01. Juli 2006
93	Edward Roby The geopolitics of gasoline	10. Juli 2006
94	Michaela Hertkorn Gedanken zu einer Friedenstruppe im Südlibanon	01. August 2006
95	Edward Roby Germany's 2% boom	11. September 2006
96	Lars Mammen Die Bekämpfung des Internationalen Terrorismus fünf Jahre nach den Anschlägen vom 11. September 2001	12. September 2006
97	Dustin Dehéz Running out of Options – Reassessing Western Strategic Opportunities in Somalia	28. September 2006
98	Edward Roby Asian energy quest roils worldwide petroleum market	02. Oktober 2006
99	Christopher Radler Ägypten nach den Parlamentswahlen	11. Oktober 2006
100	Michaela Hertkorn Out-of-Area Nation – Building Stabilization: Germany as a Player within the NATO- EU Framework	16. November 2006
101	Raphael L'Hoest Thailändische Energiepolitik – Erneuerbare Energien: Enormes Potenzial für Deutsche Umwelttechnologie	10. Januar 2007
102	Klaus Bender The Mystery of the Supernotes	11. Januar 2007
103	Dustin Dehéz Jahrhundert der Ölkriege?	11. Januar 2007
104	Edward Roby A Nutcracker for Europe's energy fantasies	14. Januar 2007
105	C. Eduardo Vargas Toro Turkey' s Prospects of Accession to the European Union	25. Januar 2007
106	Unbekannt Davos revives Doha: Liberalized world trade trumps bilateral talk	30. Januar 2007
107	Edward Roby Healthy market correction or prelude to a perfect storm?	19. März 2007
108	Edward Roby Upswing from nowhere	25. Mai 2007
109	Daniel Pahl Restraint in interstate – violence	29. Juni 2007
110	Michaela Hertkorn Deutsche Europapolitik im Zeichen des Wandels: Die Deutsche EU-Ratspräsidentschaft aus der Transatlantischen Perspektive	02. Juli 2007

111	Tatsiana Lintouskaya Die politische Ausgangslage in der Ukraine vor der Wahl	10. August 2007
112	Edward Roby Western credit crunch tests irreversibility of globalization	10. August 2007
113	Holger Teske Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit: Der Niedergang der fünften Republik?	31. August 2007
114	Edward Roby Euro shares reserve burden of wilting dollar	22. Oktober 2007
115	Peter Lundin The Current Status of the Transatlantic Relationship – 4 Points of Consideration	07. November 2007
116	Michaela Hertkorn Challenge of Successful Post – War Stabilization: More Questions than Answers for the NATO-EU Framework	01. Dezember 2007
117	Dimitrios Argirakos Merkels Außenpolitik ist gefährlich	07. Dezember 2007
118	Edward Roby Crisis tests paradigm of global capital – a European perspective	07. Dezember 2007
119	Dr. Christian Wipperfurth Afghanistan – Ansatzpunkt für eine Zusammenarbeit Russlands mit dem Westen	05. Januar 2008
120	Dustin Dehéz Somalia – Krieg an der zweiten Front?	06. Februar 2008
121	Edward Roby Can Europe help repair the broken bubble?	10. Februar 2008
122	Dr. Christian Wipperfurth Bevölkerungsentwicklung in langer Schicht: Mittel und langfristige Konsequenzen	18. März 2008
123	Philipp Schweers Jemen vor dem Kollaps?	18. März 2008
124	Philipp Schweers Pakistan – Eine „neue Ära wahrer Politik“ nach der Wahl?	01. April 2008
125	Christian Rieck Zur Zukunft des Völkerrechts nach dem 11.September – Implikationen der Irakintervention	02. April 2008
126	Christian Rieck Iran and Venezuela: A nuclear "Rogue Axis" ?	02. April 2008
127	Philipp Schweers Towards a " New Middle East" ?	09. April 2008
128	Christian Rieck Ein Versuch über die Freiheit - Nur die Freiheit von heute ist die Sicherheit von morgen	02. Mai 2008
129	Christopher Radler Islamischer Fundamentalismus und Geopolitik – vom europäischen Kolonialismus bis zum Globalen Dschihad	06. Mai 2008

- | | | |
|-----|---|--------------------|
| 130 | Ulrich Petersohn
Möglichkeiten zur Regulierung von Privaten Sicherheitsunternehmen (PSF) | 09. Mai 2008 |
| 131 | Edward Roby
Food joins energy in speculative global price spiral | 09. Mai 2008 |
| 132 | Edward Roby
Central Banks declare war on resurgent inflation | 12. Juni 2008 |
| 133 | Daniel Werdung
Airbus vs. Boeing: Neue Tankerflugzeuge für die US - Luftwaffe | 12. Juni 2008 |
| 134 | Christian Rieck
Bemerkung zum europäischen Traum | 13. Juni 2008 |
| 135 | Philipp Schweers
Zukunftsbranche Piraterie? | 13. Juni 2008 |
| 136 | Philipp Schweers
Yemen: Renewed Houthi - Conflict | 19. Juni 2008 |
| 137 | Philipp Schweers
Iran: Zwischen Dialogbereitschaft, äußeren Konflikten und persischem Nationalismus | 20. Juni 2008 |
| 138 | Dustin Dehéz
Der Ras Doumeira-Konflikt – ist ein Krieg zwischen Eritrea und Djibouti unausweichlich? | 09. Juli 2008 |
| 139 | Philipp Schweers
A new security paradigm for the Persian Gulf | 09. Juli 2008 |
| 140 | Edward Roby
Mission Impossible: Quell "stagflation" with monetary policy | 27. August 2008 |
| 141 | Edward Roby
Wallstreet on welfare, dollar on Skid Row | 25. September 2008 |
| 142 | Burkhard Theile
Bankenkrise und Wissensgesellschaft | 21. November 2008 |
| 143 | Christopher Radler
Die Anschläge von Mumbai als Machwerk al- Qa'idás? | 30. Dezember 2008 |
| 144 | Edward Roby
Credit crisis starts to level global trade imbalances | 14. Januar 2009 |
| 145 | Daniel Pahl
Barack H. Obama – Der amerikanische Präsident | 20. Januar 2009 |
| 146 | Christopher Radler
Der Einfluss des Internets auf islamistische Gewaltdiskurse | 29. Januar 2009 |
| 147 | Christian Rieck
The Legacy of the Nation – State in East Asia | 29. März 2009 |
| 148 | Edward Roby
A recovery on credit | 04. September 2009 |
| 149 | Christopher Radler
Anmerkungen zur Medienoffensive Al Qa'idás | 28. Oktober 2009 |

150	Rana Deep Islam Zehn Jahre nach Helsinki – Die türkisch-europäischen Beziehungen in der Sackgasse	13. Dezember 2009
151	Edward Roby Devil gas takes blame for death and taxes	16. Dezember 2009
152	Vinzenz Himmighofen Ägyptens Grenzpolitik – Ein Balanceakt	15. Januar 2010

DIAS ANALYSEN stehen unter <http://www.dias-online.org/31.0.html> zum Download zur Verfügung.

Düsseldorfer Institut für Außen- und Sicherheitspolitik

2003 an der Heinrich-Heine Universität in Düsseldorf gegründet, versteht sich das DIAS als unabhängige, interdisziplinäre und wissenschaftliche Denkfabrik, die strategische Politikberatung für Kunden aus dem öffentlichen und dem privatwirtschaftlichen Sektor anbietet und als Plattform den Dialog und den Ideenaustausch zwischen Nachwuchskräften aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft ermöglicht bzw. moderiert. Das Institut organisiert zu diesem Zweck jährlich die Düsseldorfer Rede sowie weitere Veranstaltungen mit Vertretern verschiedener Anspruchsgruppen und stellt seine Arbeit der breiten Öffentlichkeit im Rahmen verschiedener Publikationsserien zur Verfügung.

© Copyright 2009, Düsseldorfer Institut für Außen- und Sicherheitspolitik,
Universitätsstraße 1 Geb. 24.91, D-40225 Düsseldorf, www.dias-online.org